



**WÜRZBURG
kann mehr!**

FDP-Wahlprogramm
für die Stadtratswahlen 2008

VORWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 2. März 2008 entscheiden Sie über die Zukunft unserer Stadt. Sie entscheiden, ob Würzburg den Stillstand der letzten Jahre überwindet und endlich die Zukunftschancen verwirklicht, die dem besonderen Potenzial dieser Stadt gerecht werden.

Mit unserem Wahlprogramm „Würzburg 2014“ wollen wir offen, ehrlich und realistisch aufzeigen, was die Stadtpolitik in den nächsten sechs Jahren anpacken muss, um Würzburg auf den Weg nach vorne zu bringen. Wir wollen, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger wissen, wofür die Würzburger FDP steht: für Kompetenz und Verlässlichkeit, für Liberalität und jugendlichen Elan bei der Gestaltung unserer Zukunft.

Mit unserem Programm stellen wir Ihnen Ideen vor, die Würzburg in Zukunft weiterbringen werden. Dafür müssen in der Stadtpolitik endlich konkrete Schwerpunkte und Ziele benannt werden, die politisch auch durchsetzbar sind. In unserem klar strukturierten Wahlprogramm erfahren Sie, was zu geschehen hat und wofür sich die Würzburger FDP in Zukunft einsetzt: Anhand der elf wichtigsten Zukunftsaufgaben, die wir als Ziele beschreiben, bietet „Würzburg 2014“ für jeden Bereich sowohl eine Vision als auch konkrete Lösungsansätze.

Nur wenn die Umsetzung dieser Visionen mit einer starken FDP gelingt, nur dann wird Würzburg gewinnen. Entscheiden Sie sich für unsere Visionen und machen Sie die Würzburger FDP bei der Stadtratswahl am 2. März stark!

Entscheiden Sie mit Ihrer Stimme: für die Liste der FDP!



Karl Graf
Vorsitzender und
Spitzenkandidat
der FDP Würzburg



Eren Basar
stv. Vorsitzender und
Leiter des Kommunalen Arbeitskreises
der FDP Würzburg

„Würzburg 2014“

Die FDP steht für eine weitsichtige Politik für Würzburg. In unserem Wahlprogramm möchten wir daher anhand von Problemfeldern deutlich machen, welchen Herausforderungen sich die Stadtpolitik in den nächsten sechs Jahren in erster Linie zu stellen hat.

Wir Liberalen wollen unser Würzburg nach vorne bringen. Mit diesem Wahlprogramm wollen wir Ihnen erklären wie. Daher beschreiben wir zunächst für jedes konkrete Politikfeld die Ausgangssituation, wie sie sich aus unserer Sicht in Würzburg darstellt. Darauf folgend skizzieren wir die Vision einer Stadt, die auf Grundlage der bestehenden Ausgangssituation die Probleme gelöst und damit den Fortschritt für Würzburg bereits erreicht hat. Abschließend führen wir an, wie wir das Problem in den nächsten sechs Jahren konkret angehen werden.

Das Wahlprogramm ist gleichzeitig Arbeitsprogramm und Auftrag für den nächsten Stadtrat, sich dieser Probleme anzunehmen und mit der Stadtverwaltung gemeinsam zu lösen.

Die FDP-Fraktion verpflichtet sich der Lösung folgender Probleme:

Ziel 1: Eine aktive Stadtverwaltung für engagierte Bürger	4
Ziel 2: Klare Linien in der Stadtentwicklung	5
Ziel 3: Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen	7
Ziel 4: „Wissensstadt Würzburg“	8
Ziel 5: Kinder und Jugend fördern	9
Ziel 6: Attraktivität für Familien	11
Ziel 7: Nachhaltig solider Haushalt	12
Ziel 8: Widersprüche zulassen – Toleranz leben	14
Ziel 9: Subsidiäre Kulturförderung stärken	15
Ziel 10: Mobilität und Verkehrsverbund	16
Ziel 11: Umweltschutz auch als Würzburger Aufgabe	17

ZIEL 1: EINE AKTIVE STADTVERWALTUNG FÜR ENGAGIERTE BÜRGER

■ AUSGANGSLAGE

Die Stadtpolitik hat sich immer weiter von ihren Bürgern entfernt. Sowohl die politische Spitze der Stadtverwaltung als auch die Mehrheit im Stadtrat haben es nicht vermocht, die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse in transparenter Weise mit einzubeziehen. Dadurch ist viel Misstrauen entstanden. Stadtverwaltung und Stadtrat haben insgesamt an Ansehen in der Bevölkerung verloren. Eine Politik der mangelnden Zuverlässigkeit und nicht zuletzt auch die zu häufigen Fraktionswechsel haben zu einer zunehmenden Skepsis gegenüber dem Gremium Stadtrat beigetragen. Insgesamt gibt es in Würzburg eine deutlich feststellbare Stadtpolitikverdrossenheit, die sich sowohl an der Spitze des Rathauses, der Stadtverwaltung als auch am Stadtrat manifestiert.

▷ VISION

Die Stadt Würzburg gestaltet ihre Entscheidungsprozesse offen und transparent. Mit dem Vertrauen, das die Bürger dadurch in die städtische Demokratie gewinnen, gewinnt Würzburg. Aufgrund der verbesserten Einbindung weiß jeder Bürger, dass seine Meinung wichtig ist. Die Bürgerinnen und Bürger melden sich längst nicht mehr nur mit Anliegen und Beschwerden, sondern gehen mit wachen Augen durch die Stadt, zeigen Missstände auf und unterbreiten konstruktive Verbesserungsvorschläge. Sie schließen sich zu wertvollen Initiativen zusammen. Die Ideen der Bürger finden nicht nur Gehör, sondern fließen in die Entscheidungsprozesse mit ein.

Die Stadtverwaltung begreift sich als Moderator des bürgerschaftlichen Engagements. Die Bürger nehmen ihre Anliegen selbst in die Hand und tragen der Verwaltung vor, was in Würzburg verbessert werden muss. Sie werden vom Stadtrat als ehrenamtliche Berater wahrgenommen. Die Stadt aktiviert damit das Potenzial all ihrer Bürger.

In der modernen Bürgergesellschaft können die Bürger unabhängig und eigenverantwortlich über ihr Leben entscheiden. Städtische Satzungen werden auf das erforderliche Maß begrenzt. Über Ratsentscheide und Bürgerbegehren nehmen die Bürger Einfluss auf den politischen Prozess.

Der Stadtrat übt echte politische Kontrolle über die Stadtverwaltung aus, ist selbstbewusst und gibt die politischen Richtlinien vor. Die einzelnen Stadträte üben ihr Fragerecht aufgrund tatsächlicher Kenntnis der Sitzungsunterlagen aus. Die Effizienz der Abläufe in der Verwaltung wird aufgrund der Kontrolle laufend evaluiert und verbessert.

▶ FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die Schaffung einer Ombudsstelle als „Bürgeranwalt“, der als erster Ansprechpartner für Kritikpunkte der Bürger fungiert, vollständigen Einblick in die Verwaltungsvorgänge und ein Vortragsrecht im Stadtrat hat.
- Das Bürgerbüro als zentrale Anlaufstelle für alle Angelegenheiten des Bürgers auszubauen. Hier lässt sich auch ein Formular für Verbesserungsvorschläge aller Art ausfüllen.
- Die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse sollen so weit wie möglich öffentlich stattfinden. Außerdem sollen die Plenarsitzungen des Stadtrats zeitgleich über das Internet übertragen und archiviert werden, damit die Bürger sich besser informieren können. Die Protokolle öffentlicher Sitzungen sollen ins Internet gestellt werden.

- Bürgerversammlungen sollen in regelmäßigem Turnus stattfinden und Anliegen aufnehmen, bevor konkrete Planungen von Projekten vorgestellt werden.
- Bei wichtigen Entscheidungen sollen die Bürger verstärkt in Form von Ratsentscheiden eingebunden werden.
- Kurzfristige Informationen im Stadtrat und so genannte Tischvorlagen sind auf das unbedingt Notwendige zu begrenzen und die Verspätung zu begründen.
- Die Aufwandsentschädigungen für die Stadtratsmitglieder müssen kostenneutral neu geregelt werden. Der feste Grundbetrag ist zu verringern. Stattdessen sollen die restlichen Mittel der Aufwandsentschädigung für tatsächliche Anwesenheit in Sitzungen und Sprechstunden ausbezahlt werden.
- Evaluierung des Systems „Würzburg integriert“ nach erster Testphase zwecks Optimierung und mögliche Ausweitung in der Kernverwaltung.
- Öffnung der Ausschüsse für „Sachkundige Bürger“, soweit das Kommunalrecht dies zulässt.
- Städtische Satzungen mit Eingriffscharakter sollen einer zeitlichen Begrenzung unterliegen. Bereits beschlossene Satzungen sollen auf ihren Nutzen überprüft (z.B. Sicherheitsatzung) und ggf. abgeschafft werden (z.B. Baumschutzsatzung).
- Die bedarfsgerechte Einführung von Stadtteilbüros in innenstadtfernen Stadtteilen.

ZIEL 2: KLARE LINIEN IN DER STADTENTWICKLUNG

■ AUSGANGSLAGE

Die Stadtentwicklung ist in den letzten Jahren von Rückschlägen geprägt gewesen. Dabei ist offen zu Tage getreten, dass die Stadtführung in Verhandlungen mit Investoren kein Talent hat. Neben den gescheiterten Projekten sind die kleinen Entwicklungen außer Acht gelassen worden. Die Innenstadt hat ausschließlich durch das Engagement des Handels ihre Attraktivität steigern können. Insgesamt fehlt es an einem Leitbild. Im Bereich der städtebaulichen Architektur ist wenig Transparenz gewährleistet worden. Nicht zuletzt deswegen sind Neubauten meist Gegenstand der Kritik gewesen.

▷ VISION

Der Stadtentwicklungsprozess orientiert sich am übergeordneten Leitbild der Stadt als Universitäts-, Kongress- und Tourismusstadt. Dies bedeutet, dass das Leitbild als Wissens- und Erholungsstadt außerhalb Würzburgs kommuniziert und laufend innerhalb der Stadt erneuert wird. Die Würzburger wollen, dass die Bürger Deutschlands in Würzburg studieren, ihre Ideen und Konzepte in Tagungen austauschen und gerne, auch zur Erholung, wiederkommen. Das geistige Umfeld der Stadt ist in dieser Kombination einzigartig.

Der Bahnhof ist mittlerweile einer der modernsten und schönsten Europas und heißt Neu-Würzburger und Gäste willkommen.

Das ehemalige Gelände der „Leighton Barracks“ ist zu einem neuen Stadtteil herangewachsen. Hier konnte neben den Hochschulen vor allem ein lebendiger Stadtteil mit einem guten Wohnangebot für junge Familien realisiert werden.

Durch die transparente Entwicklung des Stadtbildes, in das die Bürger eingebunden werden, wird neuer Architektur stärker eine Chance gegeben. Sie wird als ein Stück zukünftiger Zeitgeschichte positiv aufgenommen. Kritik am Stadtbild wird in diesem Dialog nicht als rückwärtsgewandt, sondern als Bereicherung empfunden.

Anknüpfungspunkt für das lebendige Würzburg ist die Innenstadt mit ihren vielfältigen Geschäften und der schönen Lage am Main. Sie wird durch Kommunikation des Handels mit der Stadt fortlaufend verschönert und an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet. Ein Einkaufszentrum am Mozart-Areal hat zusätzlich Kaufkraft nach Würzburg geholt.

► FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die umgehende Verwirklichung eines innenstadtnahen Einkaufszentrums am Mozart-Areal.
- Zur Stärkung des Tourismusstandorts die Erweiterung der Kongressfläche in Form der Realisierung des CCW plus und darüber hinaus die Förderung von neuen Hotelansiedlungen.
- Eine Attraktivitätssteigerung der Würzburger Innenstadt durch verbessertes Standortmanagement durch den Citymanager. Hier müssen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen einzelne Straßeninitiativen gestartet werden.
- Zügig eine Mischplanung für die Leighton Barracks vorzunehmen, die sowohl die Universität und die Studierenden als auch normale Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Sportstätten und Gewerbe umfasst. Zur Planung dieses neuen Stadtteils fordert die FDP einen Ideenwettbewerb.
- Die schnellstmögliche Sanierung von Bahnhof, Bahnhofsvorplatz und Busbahnhof einschließlich Tunneldurchstich nach Norden sowie schnellstmögliche Realisierung der Rahmenvereinbarung mit der Bahn inklusive möglicher Einzelhandelsnutzung am Bahnhof. Hierbei sollte die Einzelhandelsfläche 8000 Quadratmeter nicht überschreiten.
- Die Ausarbeitung eines gewerblichen Nutzungskonzepts für das Faulenberg-Gelände. Insgesamt ist die Gewerbeansiedlung verstärkt zu fördern.
- Eine privat betriebene Multifunktionshalle zu schaffen, um Würzburg auch für Großveranstaltungen attraktiv zu machen.
- Neue Architektur in das Stadtbild einzubauen, hierbei aber auch die kritische Auseinandersetzung der Würzburger Bürger zu unterstützen und deren Anregungen und Kritik in den Entscheidungsprozess aufzunehmen. In diesem Zusammenhang soll der – Baureferat unabhängige – Baukunst wieder eingerichtet werden, um schlimmste architektonische Fehlgriffe zu vermeiden.
- Käuferfreundlichere Innenstadt durch ein neues Parkleitsystem schon an den Ausfallstraßen.
- Die zügige Realisierung der Ansiedlung des IKEA-Möbelhauses.
- Die Verbesserung der Parksituation und des äußeren Erscheinungsbildes unseres Weltkulturerbes Residenz durch ein unterirdisches Parkhaus unter dem Residenzplatz mit Anbindung an das Einkaufszentrum am Mozart-Areal. Dies würde die Möglichkeit schaffen, den einzigartigen Residenzplatz autofrei zu gestalten.
- Die erste halbe Stunde des Parkens in der Innenstadt kostenfrei zu gestalten und für die weitere Parkzeit eine viertelstündige Taktung vorzusehen. Die SVG soll kostendeckend, aber nicht gewinnbringend wirtschaften.
- Das äußere Erscheinungsbild der Innenstadt zu verbessern. Ein Beleuchtungskonzept ist hierfür ein erster Schritt. Die Sicherstellung der Brunnenbewirtschaftung ein weiterer. Hierbei sind auch auf unbürokratischem Wege private Patenschaften zu ermöglichen. Auch privat geführte Toiletten sind zu fördern (Sanifair). Selbstverständlich sind auch die Würzburger Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, zur Sauberkeit in der Innenstadt beizutragen.
- Die Stärkung des Gebietes „Alter Hafen“ durch die Planung eines neuen Entwicklungsfeldes gegenüber dem Cinemaxx-Komplex (Lindner-Grundstück/Frankenhalle).

ZIEL 3: WIRTSCHAFTSFREUNDLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

■ AUSGANGSLAGE

Das zentrale Versprechen der Wahl 2002 ist nicht eingelöst worden. Es hat keine neue und vor allem keine aktive Wirtschaftspolitik gegeben. Einheimische Wirtschaftsunternehmen beklagen sich über das mangelnde Fingerspitzengefühl der politischen Führung. Mit dem Citymanager sind die Strukturen der städtischen Wirtschaftsförderung zusätzlich aufgeteilt worden, ohne die Aufgaben klar zu benennen. Insgesamt fehlt es an einer Zielrichtung. Würzburg hat sein Image als „Investorschreck“ weiter gepflegt und sich bei Verhandlungen nicht geschickt angestellt. Ohne florierende Wirtschaft, die die Stadt mit fördern muss, gibt es aber keine neuen Arbeitsplätze. Daher ist die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds eine wichtige Aufgabe Würzburgs: Sie dient der Erhaltung und Entwicklung von Arbeitsplätzen und damit auch der sozialen Absicherung. Auch für bereits ansässige Unternehmen ist daher ein investitionsförderndes, positives Klima zu schaffen.

▷ VISION

Würzburg gewinnt 2014 den Preis als wirtschaftsfreundlichste Kommune. Das Leitbild Würzburgs wird durch die Verflechtung der Wirtschaft zur Universität bestimmt. Würzburgs Attraktivität für hochqualifizierte Wissensarbeiter ist durch eine enge Kooperation mit der Universität deutlich verbessert worden. Die örtlichen Umfeldbedingungen erleichtern unternehmerische Initiativen. Die Bindung an den Standort und die Identifikation mit Würzburg sind dadurch gestiegen.

Die Innenstadt ist durch die Schaffung von Parkmöglichkeiten, eine effiziente Gestaltung von öffentlichen Verkehrsmitteln und die Unterstützung privater Initiativen gestärkt.

Im Augenmerk steht daneben die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Sie finden mit einem Wirtschaftslotsen einen Ansprechpartner in der Stadt, der ihnen die

Etablierung in Würzburg erleichtert und den Prozess der Ansiedlung begleitet. Der Wirtschaftslotse kümmert sich darüber hinaus auch um die bereits etablierten Unternehmen und Unternehmer. Er fragt ab, wo Unterstützungsbedarf besteht und kann schnell und unbürokratisch Maßnahmen zur Abhilfe in die Stadtverwaltung einbringen.

Die Stadt Würzburg macht der Privatwirtschaft keine Konkurrenz und errichtet oder erweitert nur dann ein wirtschaftliches Unternehmen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut durch ein privates Unternehmen erfüllt werden kann bzw. es überhaupt einen dringenden öffentlichen Bedarf gibt. Die Beweislast trägt die Stadt Würzburg.

▶ FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die Schaffung eines „Wirtschaftslotsen“ in der Stadtverwaltung, der die Würzburger Unternehmen auf ihre Bedürfnisse aktiv anspricht und regelmäßig die Unternehmensstruktur Würzburgs und ihre Defizite analysiert.
- Das Stadtmarketing muss insgesamt forciert werden. Dazu gehören die Kompetenzabgrenzung von „Würzburg macht Spaß“ und CTW sowie die Einbindung der betroffenen Wirtschaftsverbände.
- Beauftragung des Stadtmarketings mit einer Imagekampagne, die das Leitbild Würzburgs als „Wissensstadt“ propagiert.

- Die Absenkung der Gewerbesteuer, um den Standort Würzburg für Unternehmen attraktiver zu machen und somit mehr Arbeitsplätze in Würzburg zu schaffen.
- Abschaffung der Stellplatzablöse.
- Die unbürokratische Zulassung von Außengastronomie und längere Öffnungszeiten bei Wein- und Stadtfesten, um vor allem die Attraktivität der Innenstadt zu steigern.
- Bei Nachfrage seitens des Handels weitere verkaufsoffene Sonntage bzw. verlängerte Samstage im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zuzulassen.
- Privatwirtschaftlichen Initiativen Vorrang einzuräumen. Städtische Unternehmen dürfen nicht in Konkurrenz zu privaten Unternehmen treten, wenn diese die Aufgaben gleich effektiv wahrnehmen. Daher setzt sich die FDP unter anderem für die Privatisierung des kommunalen Bestattungsunternehmens und der Würzburger Recycling Gesellschaft (WRG) ein.
- Die Aufsichtsratsposten der stadteigenen Betriebe auch mit kompetenten Nichtstadtratsmitgliedern zu besetzen, damit die erforderliche fachliche Aufsicht fachlich tatsächlich gewährleistet wird.

ZIEL 4: „WISSENSSTADT WÜRZBURG“

■ AUSGANGSLAGE

Würzburgs herausragender Standortfaktor als Hochschul- und Bildungsstandort ist nicht weiterentwickelt worden und wird nach wie vor nicht richtig genutzt. Das Aufstellen von neuen Ortsschildern reicht nicht, um die Bedeutung der Julius-Maximilians-Universität – eine der ältesten Universitäten in ganz Europa – für Würzburg zu verdeutlichen. Dass der Stadt-Uni-Koordinierungsausschuss kaum getagt hat, spricht Bände. Die Anliegen der Universität und der Studierenden spielen in den Erwägungen der Stadtpolitik eine zu geringe Rolle. Die Ankündigung aus dem letzten Wahlkampf, durch gute Kontakte zur Landesregierung eine Verstaatlichung der Schulen herbeizuführen, wurde nicht umgesetzt. Neben den massiven Kosten, die den städtischen Haushalt auch weiterhin wesentlich belasten, ist durch die schlechende Schließung einzelner Schulen ein Qualitätsverlust festzustellen. Die Würzburger Schullandschaft in ihrer Präsenz und Vielfältigkeit ist bedroht.

▷ VISION

Nach erfolgreicher Erweiterung der Universität auf dem Gebiet der Leighton Barracks nimmt die Stadtführung mit der Universität die Arbeit im neuen Koordinierungsausschuss wahr und tritt als Interessengemeinschaft gegenüber dem Freistaat auf. Das geschlossene Auftreten bewirkt den weiteren Ausbau der Hochschulen.

Neben der großen Tradition, eine der ältesten Universitätsstädte in Deutschland zu sein, stellt dies einen wirtschaftlichen Faktor und zugleich eine Chance für die gesamte mainfränkische Region dar. Jugendliche aus ganz Unterfranken haben die Chance in „ihrer“ Region zu bleiben und ein umfassendes Bildungsangebot wahrzunehmen. Zugleich bietet die Universität als überregionale Einrichtung Studierenden in ganz Deutschland die Möglichkeit nach Würzburg zu kommen. Somit besitzt die Universität ein regionales und überregionales Gewicht, das Würzburgs Attraktivität maßgeblich beeinflusst. Die Studenten sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes und tragen zum Leben in den Straßen und in hiesigen Verbänden bei. Die Stadtpolitik hat in Zusammenarbeit mit der Universität einen Arbeitsplan erstellt, der die Infrastruktur für die Studierenden verbessert.

Im Bereich der Bildung sind alle städtischen Schulen mittlerweile verstaatlicht und wo gewünscht als Ganztagschule ausgebaut. Die Stadt nutzt die frei gewordenen Finanzmittel, um die Schulen besser mit Sachmitteln auszustatten. Würzburg hat mit der Volkshochschule und der Stadtbibliothek beachtliche kulturelle Einrichtungen und leistet hier wertvolle Bildung für die gesamte Region. Die umliegenden Kreise beteiligen sich anteilig an den Kosten.

► FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Der Stadt-Uni-Koordinierungsausschuss muss häufiger tagen, um Uni und Stadt besser zu verflechten (gggs. Nutzung von Schul- und Uniräumen). Die Stadt und die Uni müssen gegenüber dem Freistaat geschlossen auftreten, um Probleme besser bewältigen zu können.
- Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für Studierende (z.B. Fahrradständer, Zebrastreifen am Tegut Hubland sowie an der Bushaltestelle Phil. Fakultät am Hubland).
- Die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Universität und Stadt, z.B. durch Analyse der Verkehrsströme zwischen allen Uni-Standorten und Schulen.
- Die schnelle Anmietung von Teilflächen der Leighton Barracks durch die Uni. Diese sollten schon vor einem endgültigen Entwicklungskonzept für die Übergangszeit genutzt werden.
- Die Entwicklung des Stadtteils Hubland/Leighton Barracks als vollwertigen – auch abends lebendigen – Stadtteil zu ermöglichen.
- Die Ansiedlung der FH auf dem Gebiet der Leighton Barracks. Auch wenn die Planung hinsichtlich des Alandsgrundes schon weit fortgeschritten ist, ist langfristig, nicht nur aus Gründen der Bodenversiegelung, die Ansiedlung im Gebiet der Leightons vorzuziehen.
- Einen regelmäßigen Bericht der Studierendenvertretungen und Präsidenten aller Würzburger Hochschulen im Stadtrat alle zwei Jahre, um die Beziehung der Stadt zu den Hochschulen deutlich zu machen und die Kommunikation zu verbessern.
- Den kostengünstigen Erhalt des Semestertickets, bei Erhöhung des Preises die Offenlegung der Kosten.
- Die zeitnahe Übernahme der städtischen Schulen durch den Freistaat.
- Das Angebot der Stadtbücherei weiter auszubauen und das Budget aufzustocken. Daneben sind jedoch die Stadtteilbüchereien zu erhalten.
- Den Erhalt der ortsnahen Grundschulen.
- Den Einstieg in die pädagogisch sinnvolle Ganztagsbetreuung mit freigemeinnützigen Partnern, sobald der Freistaat seinen finanziellen Verpflichtungen vollständig nachkommt.

ZIEL 5: KINDER UND JUGEND FÖRDERN

■ AUSGANGSLAGE

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben nach wie vor keine wirksame Lobby in der Würzburger Stadtpolitik, obwohl mehr als ein Viertel der Würzburger unter 25 Jahre alt ist. Immer mehr dieser jungen Bürger wenden sich vom politischen Prozess ab. Die Stadtpolitik muss dem entgegenreten und die Förderung von Kindern und Jugendlichen zur „Chefsache“ machen. Die Förderung muss konsequent in allen Bereichen der Bildung, der Kultur und des Sports vorangetrieben werden.

▷ VISION

Die Würzburger sind stolz auf ihre jungen Bürger. Anders als in anderen Städten Deutschlands ist den Würzburgern bewusst, dass Kinderlärm Zukunftsmusik ist. Die Stadtpolitik versteht sich als Begleiter der Kinder und der jungen Menschen in ihrem Prozess des Wachsens. Dies ist der Erkenntnis geschuldet, dass diejenigen, die unsere Gesellschaft in Zukunft mit ihrem Wissen, ihrer Kreativität und Leistungsfähigkeit voranbringen sollen, unsere Kinder sind.

In Zusammenarbeit mit den Schülervertretungen und dem Stadtjugendring setzt sich die Stadt für eine Stärkung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen in Würzburg ein und setzt so der Klage über angebliche Politikverdrossenheit von Jugendlichen konkrete Angebote für eine Partizipation entgegen. Gerade die Stadt ist für eine solche Einbeziehung von gestaltungs- und verantwortungsbereiten Jugendlichen prädestiniert und eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, bereits vor Erlangung des Wahlrechts ihr Lebensumfeld politisch mitzugestalten.

Die Förderung der Kinder und Jugendlichen geht dabei nicht zu Lasten der Senioren, sondern setzt gerade in einem Miteinander an. Mehrgenerationenhäuser sind Zentren der Beratung und des Austausches für alle Generationen. Hier übernehmen die Würzburger Senioren freiwillig die Gestaltung von zusätzlichen Aktivitätsprogrammen für Kinder.

► FORDERUNGEN

- Die Stärkung der Schulsozialarbeit. Hierbei sollen auch die städtischen Sozialberatungen, insbesondere die Drogen- und Gewaltpräventionsberatung, so weit wie möglich in die Schulen integriert werden.
- Aufhebung der Zensur an Schulen. Die Kultur von Meinungsfreiheit, die unser Grundgesetz vorgibt, muss auch für Schülerzeitungen, Theatergruppen etc. gelten.
- Das Lehrmittelsponsoring zu forcieren. Um der schlechten Versorgung mit Lehrmitteln entgegenzuwirken, soll die Stadt in Kooperation mit den Schulen abklären, inwieweit die Lehrmittelsituation durch Spenden von (regionalen) Unternehmen, Vereinen oder Privatpersonen verbessert werden kann, ohne die Grundfinanzierung durch die öffentliche Hand dabei zu reduzieren.
- Die Gründung eines Jugendstadtrates für Jugendliche von 14-20 Jahren mit Antragsrecht im Stadtrat bei jugendpolitischen Themen und Rederecht in Ausschüssen und Ratssitzungen.
- Die gute Arbeit des Stadtjugendrings auch in Zukunft angemessen und bedarfsgerecht auszustatten.
- Die Kooperation von Unternehmen und Schulen zu fördern, um Würzburgs Schüler an die Wirtschaftswelt heranzuführen.
- Mehr Platz für Kinder und Jugendliche. Dies umfasst die Errichtung eines Jugendzeltplatzes für Jugendgruppen.
- Eine Bedarfsanalyse der Spielplätze in den Stadtteilen, sowie die Schaffung von Jugendräumen für Veranstaltungen und Kurse, aber auch einfache Treffen wie z.B. Bandproben, in den Stadtteilen.
- Bestehende Sportplätze so weit wie irgend möglich für Jugendliche ohne Einschränkungen freizugeben. Der Ausbau von Halfpipes und Funparks ist in Kooperation mit den Jugendzentren in Würzburg voranzutreiben.
- Die Gleichbehandlung für „Juleica“. Der Ausweis für alle, die in der Jugendarbeit ehrenamtlich tätig sind, muss auf die gleiche Stufe wie ein Schüler- und Studentenausweis gestellt werden und wie dieser Ermäßigungen in städtischen und staatlichen Einrichtungen ermöglichen.

ZIEL 6: ATTRAKTIVITÄT FÜR FAMILIEN

■ AUSGANGSLAGE

Würzburg ist für Familien, insbesondere für junge Familien nicht attraktiv genug. Die Situation erscheint paradox: Die Stadt bildet junge Menschen an den Berufs- und Hochschulen aus, um sie nach der Ausbildung an andere Gemeinden zu verlieren. Die politische Führung muss dieses Problem ernst nehmen, damit die Stadt auch in Zukunft eine breit gefächerte und ausgewogene Bevölkerungsstruktur hat. Die Zukunftsfähigkeit der Stadt hängt davon ab, ob Familien in Würzburg Perspektiven für ihre Lebensplanung finden.

▷ VISION

Familien haben spezielle Bedürfnisse. Ziel der Stadtpolitik ist es daher, Familien bei der Erfüllung ihrer familienbezogenen Aufgaben zu stärken. In Würzburg werden die auf Bundes- und Landesebene geforderten und geförderten Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Gesellschaft in die Praxis umgesetzt. Dabei wird nicht nur auf staatliche Leistungen und Einrichtungen, sondern auf eine Vielzahl individueller Angebote, gerade auch von Privaten, die ein Höchstmaß an Wahlfreiheit für die Familien gewährleisten, zurückgegriffen.

Es gibt mittlerweile eine Interessensvertretung für Familien in allen Politikfeldern. Würzburg hat sich dabei auf den nicht zu bestreitenden Wandel in unserer Gesellschaft eingestellt.

Es ist Normalität, dass beide Partner im Berufsleben stehen oder aber eine zunehmende Zahl alleinerziehender Mütter und Väter die Verantwortung für die Kinder übernimmt. Daran ist auch das Beratungsangebot ausgerichtet.

Zentral für die Attraktivität ist, neben zusätzlichen „Wohnflächen“, eine wohnortnahe Grundschul-, Kindergarten- und Kinderkrippenversorgung, die in Würzburg gewährleistet ist.

▶ FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Den Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote: Ausreichende und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder jeder Altersstufe müssen eine Selbstverständlichkeit werden. Hierbei sind Kinderkrippen und Kindergärten ebenso wie Horte oder Tagesmütter und -väter zu unterstützen und zu fördern. Zur Wahrung der Qualität der Kinderbetreuung muss dafür Sorge getragen werden, dass das Betreuungspersonal hinreichend (sozial-)pädagogisch ausgebildet ist.
- Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Hierzu sind der Stadt die entsprechenden Mittel durch den Freistaat zur Verfügung zu stellen. Gleiches gilt für den bis 2013 zugesagten Ausbau der Kinderkrippenplätze.
- Die Umgestaltung des letzten Kindergartenjahres. Das letzte Kindergartenjahr dient der Vorbereitung der Schulzeit und stellt hierfür wichtige Weichen. Es ist daher verpflichtend, aber kostenfrei zu gestalten. Um den Einstieg insbesondere ausländischer Kinder in die Schule zu erleichtern, müssen in seinem Rahmen die Deutschkenntnisse der Kinder überprüft und gegebenenfalls durch gezielte Förderungsmaßnahmen sichergestellt werden.
- Mehr Flexibilität in den Betreuungseinrichtungen. Insbesondere müssen die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse berufstätiger Mütter und Väter angepasst sein. Für echte Familienfreundlichkeit müssen sich die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Starre Buchungszeiten sind für viele Familien schwer praktikabel

und konterkarieren den Sinn der Betreuungseinrichtung. Von ihnen ist daher Abstand zu nehmen.

- Mehr Freiheit für Familien: Eltern müssen ihre Kindertagesstätte – unabhängig von ihrem Wohnort – frei wählen können. Der Zwang, einen Platz in der eigenen Kommune anzunehmen, ist abzuschaffen. Es ist kein Grund ersichtlich, Eltern dafür zu bestrafen, dass sie ihre Kinder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes unterbringen oder bestimmte Förderangebote für ihre Kinder außerhalb ihres Wohnortes wahrnehmen.
- Eine kontinuierliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen auch in der Ferienzeit. Dies umfasst zum einen den Ausbau städtischer Angebote, zum anderen die ideelle und finanzielle Förderung der Ferienbetreuung. So ist u.a. der Zuschuss für das Kindersommerferienlager am Sanderrasen dringend zu erhöhen.
- Mehr Platz für Familien! Daher ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, Räumlichkeiten für Familienveranstaltungen, Kurse und Treffen wie Krabbelgruppen u.Ä. zur Verfügung zu stellen.
- Die Erhaltung des Beratungsangebots im Bereich der allgemeinen Sozialberatung sowie der Erziehungs-, Familien- und Schwangerenberatung. Das schon bestehende vernetzte Angebot muss bekannter gemacht werden.
- Familienfreundlichkeit beginnt im Rathaus selbst. Daher ist im neuen Bürgerbüro eine richtige Spielecke mit Kinderbetreuung einzurichten.
- Die Einführung von Familienrabatten oder eines Familienpasses, welcher die Nutzung städtischer Einrichtungen für Familien vergünstigt, ist zu überprüfen.
- Die Evaluierung der Familienverträglichkeitsprüfung (Einbeziehung von Familien mit Kindern bzw. von Senioren bei der Planung von größeren Projekten im Sinne einer Familienfreundlichkeitsprüfung). Bei Großprojekten muss im dialogischen Verfahren auf diese Belange eingegangen werden.
- Familiengerechte Ausnahmeregelungen bei Baugenehmigungen zu ermöglichen, z.B. für die Nutzung von Räumen für Kinderzimmer.
- Mehr Baugrundstücke für Wohnungsbau auszuweisen, um insbesondere Familien die Möglichkeit zu geben, günstig Bauland zu erwerben.
- Den Ausbau der Kontakt- und Hilfenetze der Generationen in Form der Errichtung von Mehrgenerationenhäusern, in denen auch die Selbsthilfe- und Interessengruppen mit ihrem Betreuungsangebot Platz finden.
- Die Einführung des gleichmäßigen Zuschusses zur Mittagsverköstigung in den Schulen.

ZIEL 7: NACHHALTIG SOLIDER HAUSHALT

■ AUSGANGSLAGE

Der städtische Haushalt ist nicht saniert. Trotz höchster Gewerbesteuererinnahmen in den letzten beiden Jahren konnten keine Schulden abgebaut werden (im Gegenteil wurden sogar neue Schulden aufgenommen) und keine nennenswerten Investitionen getätigt werden. Zugleich wurden erneut die Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger erhöht. Die problematische Finanzverfassung der Stadt ist auch durch die Nichteinhaltung von Versprechen durch die Landespolitik ungelöst geblieben. Für viele Zukunftsaufgaben fehlt es an Geld. Dies geht zu Lasten aller Bürger. Die Schulden belasten insbesondere die jungen Würzburger.

▷ VISION

Es gibt eine klare Kompetenzverteilung der Aufgaben zwischen dem Bund, dem Land und der Stadt. Das Konnexitätsprinzip stellt für die Stadt sicher, dass sie keine zusätzlichen Kosten für Entscheidungen anderer Ebenen übernehmen muss.

Die Stadt gibt nur das aus, was sie einnimmt. Durch die klare Kompetenzabgrenzung kann sich Würzburg auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren und auch wieder Investitionen vornehmen, die die Lebensqualität der Menschen verbessern. Der Stadtrat setzt sich zum Ziel, die Schulden zu verringern, um nachfolgende Generationen nicht zu belasten. Würzburg geht mit gutem Beispiel voran und verpflichtet sich, Neuverschuldungen nur vorübergehend und in Ausnahmefällen aufzunehmen. Für die Aufnahme von Neuverschuldungen muss bei Abstimmung daher ein Quorum erfüllt sein. Wird dieses nicht erfüllt, wird der Haushalt den Bürgern durch einen Ratsentscheid zur Entscheidung vorgelegt.

Der Haushalt ist im Rechnungswesen umgestellt auf die Doppik und ermöglicht somit eine leichtere Bewertung und Kontrolle der Vermögenswerte der Stadt. Damit können Fehlentwicklungen früher erkannt und behoben werden.

Die Finanzpolitik der Stadt überprüft laufend, ob Aufgaben nicht in besserer Form durch Private erledigt werden können. Dies ist Ausdruck des städtischen Dienstleistungsdenkens. Die Grund- und Gewerbesteuern sind maßvoll und machen Würzburg zu einem attraktiven Standort für Neuansiedlungen und Ausgründungen aus den Hochschulen. Die Erhöhungen aus den Jahren 2002 bis 2008 sind zurückgenommen. Die Müll-, Straßenreinigungs- und Abwassergebühren sind nachvollziehbar kalkuliert. Im Bereich der Daseinsvorsorge wird streng auf Sparsamkeit geachtet.

▶ FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die Änderung der Gemeindeordnung: Neuverschuldung darf nur mit einem Quorum von 75 Prozent beschlossen werden. Bis dahin soll sich der Stadtrat selbst verpflichten, sich an dieses Quorum zu halten und bei Nichterreichen des Quorums den Haushalt den Bürgern zur Entscheidung vorzulegen.
- Eine echte Reform der kommunalen Finanzverfassung mit einem Ersatz für die Gewerbesteuer, vorzugsweise einem Hebesatzrecht auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer unter Absenkung der Einkommenssteuer.
- Die Umstellung der Haushaltsführung auf die sogenannte „Doppik“ (kaufmännisches Rechnungswesen).
- Die Einhaltung des Konnexitätsprinzips seitens des Freistaats, der im Streitfall die Beweislast zu tragen hat, ob die zur Verfügung gestellten Mittel für die Übernahme der Aufgabe ausreichen. Auch im Grundgesetz muss das Prinzip für den Bund verankert werden.
- Die Teilprivatisierung der Stadtbau GmbH (Abschmelzung des Wohnungsbestandes) zum Zweck des Schuldenabbaus. Die derzeitigen Mieter sind als Käufer zu bevorzugen.
- Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitgebertarifverband, um einen eigenen Haustarif mit den Mitarbeitern der Stadt zu vereinbaren.
- Den Erhalt des Nautilands nur unter einer wirtschaftlich vertretbaren zukünftigen Zuschussbelastung. Einer Privatisierung ist Vorrang einzuräumen. Einen bedingungslosen Erhalt des Nautilands kann es nicht geben.
- Die Bürgermeisterpositionen sollen echte Zuständigkeiten erhalten und nicht nur Repräsentativfunktionen wahrnehmen. Andernfalls soll die Besoldung reduziert werden.

ZIEL 8: WIDERSPRÜCHE ZULASSEN – TOLERANZ LEBEN

■ AUSGANGSLAGE

Würzburg ist eine sehr vielfältige Stadt. Dies drückt sich auch darin aus, dass gut zehn Prozent der Würzburger keine deutschen Staatsbürger sind. Die Zahl der Bürger mit Migrationshintergrund ist sogar noch größer. Die Stadtpolitik hat sehr spät begriffen, dass die Integration von Ausländern und Bürgern mit Migrationshintergrund keine bundespolitische, sondern vor allem eine städtische Aufgabe ist. Darüber hinaus ist insgesamt festzustellen, dass die sich widersprechenden Lebensentwürfe in der Stadt und die dahinterstehende Vielfalt der Gesellschaft insgesamt in der Stadtpolitik nicht wertgeschätzt werden.

▷ VISION

Die Würzburger Integrationspolitik hat es sich zur Aufgabe gemacht, Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Bildungs- und Berufschancen in unserer Gesellschaft zu gewährleisten und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Das Mittel dazu ist die Bildung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Einheimischen und Zugewanderten mit gemeinsamen Werten und mit einer gemeinsamen Identifikation mit Würzburg. Die Betroffenen sind auch selbst bereit, sich verpflichtenden Anforderungen bei der Integration zu stellen und diese aktiv zu unterstützen. In Würzburg findet der Dialog zwischen den Kulturen intensiver statt, denn nur vor Ort kann eine Einbindung in das gemeindliche Leben erfolgen. Sie vollzieht sich in der Nachbarschaft, im Verein, an den Hochschulen und am Arbeitsplatz. Andersdenkende und Menschen mit anderen Lebensentwürfen werden allesamt als Bereicherung wahrgenommen und mit Respekt behandelt. Gleichberechtigung wird in Würzburg gelebt.

► FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürger, die sich seit 5 Jahren rechtmäßig in Würzburg aufhalten. Wer über 5 Jahre hinweg in unserer Stadt lebt und arbeitet, muss auch das Recht haben, über ihre Zukunft mitzuentcheiden.
- Die Einführung feierlicher Einbürgerungszeremonien für neue Staatsbürger.
- Den Ausbau des Jugendaustausches insbesondere mit EU-Ländern. Zur Förderung eines friedlichen und verständnisvollen Zusammenlebens sollte jeder Jugendliche das Gefühl kennen, in einem Land Ausländer zu sein.
- Den Ausbau der Integrations- und Deutschkurse für ausländische Mitbürger.
- Die Schaffung einer Ruhestätte für andersgläubige Bürger in Würzburg. Toleranz endet nicht mit dem Tod: Wie Christen und Juden sollen auch Andersgläubige das Recht haben, ihre letzte Ruhe in der Stadt zu finden, in der sie ihren Lebensabend verbracht haben.
- Die Auszeichnung von Projekten, die sich um Toleranz und Integration bemühen, mit einem „Integrationspreis“.
- Eine ideologische Voreingenommenheit oder Privilegierung darf es bei der Genehmigung von religiösen Bauten nicht geben.
- Den Einsatz von fremdsprachigen Lotsen in der Stadtverwaltung.
- Die Barrierefreiheit städtischer Einrichtungen zu gewährleisten und diesbezügliche private Initiativen im Handel zu fördern.

- Den Trausaal der Stadt auch für Lebenspartnerschaften zu öffnen.
- Die Sperrstunde in Würzburg ist abzuschaffen. Dabei ist selbstverständlich, dass die schutzwürdigen Belange der Anwohner berücksichtigt werden.

ZIEL 9: SUBSIDIÄRE KULTURFÖRDERUNG STÄRKEN

■ AUSGANGSLAGE

Im Bereich der Kulturförderung ist viel Fantasie gefragt. Die Einrichtung eines Kulturmanagers hat keine erkennbaren Impulse gesetzt. Dabei wird im Globalisierungszeitalter das Bekenntnis zur lokalen Kultur immer wichtiger. Die kommunale Kulturförderung ist dabei nicht nur eine Frage der Geldförderung, sondern vielmehr eine Frage der sinnvollen Vernetzung.

▷ VISION

Das kulturelle Leben in Würzburg ist einer der stärksten „weichen Standortfaktoren“. Er wird ausgebaut, gestärkt und gepflegt. Würzburg wird so als Oberzentrum wieder stärker wahrgenommen. In der kulturellen Vielfalt präsentiert sich die Lebensqualität Würzburgs. Kulturelles Leben braucht geistigen Freiraum und öffentliche Förderung. Wichtig sind hierbei auch die freien Kulturträger, denen die Stadtpolitik mehr Gewicht eingeräumt hat. Die kommunale Finanzierung ist im Rahmen einer Bundesprüfung überdacht worden, den Kommunen wurde finanzielle Kraft zur Pflege der Kultur zurückgegeben. Auch das Umland und der Freistaat leisten hierbei einen angemessenen, auch finanziellen Beitrag.

▶ FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die Vermietung des Theaters für kommerzielle Veranstaltungen in spiel- und probefreien Zeiten.
- Die Öffnung des Theaters für Veranstaltungen mit prominenten Gastkünstlern, sowie verstärkter Austausch mit anderen Theatern in Bezug auf Programme und Material (Kostüme und Material).
- Die finanzielle Gleichbehandlung der kommunalen Theater mit den Staatstheatern. Partnerschaftliche Finanzierung des Theaters durch den Freistaat Bayern, den Bezirk Unterfranken, die angrenzenden Landkreise und Gemeinden und natürlich durch die Stadt Würzburg, um den langfristigen Erhalt des Mainfranken Theaters sicherzustellen.
- Die Einführung eines Kulturraumgesetzes zur Sicherstellung der Finanzierung.
- Die Ernennung eines Stadtschreibers, damit geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Würzburg dokumentiert werden.
- Die verstärkte Förderung der freien Kulturträger. Die freien Kulturträger sind als Stütze der städtischen Kultur zu fördern und zu unterstützen. Die Förderung hat hierbei nach einem langfristig vereinbarten Schlüssel zu erfolgen.
- Die Einrichtung eines speziellen Fördertopfs für neue Projekte und Initiativen.
- Die Durchführung des Würzburger Hafensommers in echter Partnerschaft und echtem Dialog mit der freien Kulturszene.
- Eine dauerhafte Freilichtbühne.
- Die deutlich bessere Vermarktung des Kulturspeichers.
- Wiedereinführung des Sonntagskonzerts im Würzburger Hofgarten zur Sommerzeit.

ZIEL 10: MOBILITÄT UND VERKEHRSVERBUND

■ AUSGANGSLAGE

Würzburgs zentrale Lage ist ein wichtiger Standortvorteil. Allerdings hat Würzburg die Errichtung eines umfassenden regionalen Verkehrsverbundes oder eine Verbindung mit anderen Verbundsystemen verschlafen. Immer noch gibt es mit den umliegenden Gemeinden kein echtes Verkehrskonzept. Aber auch das städtische Verkehrsangebot und die Verkehrsinfrastruktur sind nur marginal verbessert worden. Die Verkehrsströme und die Verkehrsnutzungen in der Stadt bedürfen ständiger Überprüfung. Eine sinnvolle Ergänzung zwischen dem ÖPNV, dem Individualverkehr und dem Radwegenetz gibt es nicht.

▷ VISION

Lebendigkeit und Lebensqualität zusammen mit dem Wunsch der Bürger nach Mobilität stehen im Mittelpunkt der Verkehrspolitik Würzburgs. Dies wird mit den Zielen der Stadtentwicklung, der Verkehrssicherheit, dem Umweltschutz und der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Innenstadtgeschäfte in Einklang gebracht. Dabei gilt das Grundbedürfnis der Bürger für persönliche Mobilität ausdrücklich auch für den Individualverkehr. Würzburg hat intelligente Verkehrsleit- und Parkraum-Nutzungssysteme geschaffen, durch die Würzburg besser erreichbar ist und wieder mehr Kaufkraft in der Innenstadt gebunden wird. Durch ein verbessertes Parkplatzkonzept ist Würzburgs Innenstadt auch für kurze Besuche ansprechender.

Durch Einsatz von intelligenten Ampel- und gegebenenfalls Vorfahrtssystemen wird der Verkehr flüssig gehalten und die Feinstaubbelastung in den Städten verringert. In Wohngebieten und in der Umgebung von Kindergärten, Schulen, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen sind Tempo 30-Zonen zugunsten der Sicherheit eingerichtet. Gegen Raser wird auch durch Geschwindigkeitskontrollen vorgegangen, die jedoch ausschließlich die Sicherheit im Straßenverkehr und nicht einen möglichst hohen Finanzertrag zum Ziel haben.

Der ÖPNV wird weiter gefördert. Aber auch öffentliche Verkehrsleistungen werden Wettbewerbskonditionen unterworfen und arbeiten nach wirtschaftlichen Grundsätzen. An den Kunden orientiert wird eine ständige Verbesserung der Qualität angestrebt. Der Ausbau der Straßenbahn ist verwirklicht und ist zugleich der Einstieg für eine Mainfrankenbahn, die als Regionalbahn eine schnellere und bessere Verbindung Würzburgs mit der ganzen Region garantiert. In der Trägerschaft mehrerer Gemeinden kann durch die Mainfrankenbahn der steigende Anteil des Berufs-, Ausbildungs- und Einkaufsverkehrs zügiger abgewickelt werden.

► FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Den Ausbau der Straßenbahnlinie 6, vorzugsweise Variante 2c (Theaterstraße – Mozart-Areal – Balthasar-Neumann-Promenade – Ottostraße – Frauenland – Hublanduni) zuzüglich Lückenschluss Ottostraße / Sanderstraße, der zeitgleich verbunden ist mit der ernsthaften Prüfung der Mainfrankenbahn als Regionalstadtbahn in Trägerschaft von Stadt Würzburg, Landkreise Würzburg, Kitzingen, Main-Spessart und gegebenenfalls Stadt und Landkreis Schweinfurt.
- Den Ausbau des Flugplatzes Giebelstadt zu einem Regionalflughafen Würzburg auf privatwirtschaftlicher Basis.

- Die bessere Ausstattung des Straßenmanagements für den Straßenunterhalt. Erstellung einer Prioritätenliste.
- Den vollständigen Bau der West-Umgehung (B26 neu) und damit Vermeidung einer Lücke von Himmelstadt zur A3. Dies hätte eine unmittelbare Entlastung der Stadt von Schwerlastverkehr zur Folge, welcher momentan als Abkürzung den Mittleren Ring nutzt.
- Verbesserte Bedingungen für Fahrradfahrer durch Ausbau und Instandsetzung des Radwegenetzes. So ist z.B. dringend eine Asphaltierung des Radweges an der Mergentheimer Straße zwischen Zollhaus und Haus des Sports, sowie die Sanierung der Parallelstrecke auf der Sanderauer Seite vorzunehmen.
- In den einzelnen Stadtteilen einen Prüfauftrag für die verstärkte Errichtung von Fahrradstandplätzen zu erteilen sowie die Schaffung von Fahrradparkplätzen an den geeigneten Straßenbahn- und Bushaltestellen.
- Die Ausstattung der Straßenbahnen mit Briefkästen, die einmal am Tag an der Endhaltestelle geleert werden.
- Die verstärkte Nutzung des grünen Pfeils und der grünen Welle. Für einen reibungsloseren Verkehrsfluss sollten die Ampelschaltungen optimiert werden.
- Die eindeutige Signalisierung für Linksabbieger Seilerstraße / Wendelweg in Heidingsfeld.
- Änderung der Busroute in Heidingsfeld zur Vermeidung des Busverkehrs gegen die Einbahnstraße in der Wenzelstraße.
- Die Schaffung eines Sammeltaxisystems, welches am Wochenende zu besonderen Festveranstaltungen bis drei Uhr eine Abdeckung aller Stadtteile und Stadtrandbezirke gewährleistet.
- Die Einführung eines integralen Taktfahrplans.
- Eine bessere Berücksichtigung der Fahrgäste im Nahverkehr-Würzburg-Mainfranken-Beirat (NWM-Beirat).
- Eine zügige Realisierung des Neubaus der Silgmüllerbrücke für den Autoverkehr.
- Das Eintreten der Stadtverwaltung gegenüber der Deutschen Bahn für die Nutzung der Bahnhöfe Heidingsfeld-Ost und -West als Haltepunkte.

ZIEL 11: UMWELTSCHUTZ AUCH ALS WÜRZBURGER AUFGABE

■ AUSGANGSLAGE

Würzburg beschränkt sich in der Umweltpolitik auf die Ausführung von Bundes- und Landesgesetzen. Ein eigener Beitrag oder gar eine eigene Linie z.B. zum globalen Klimawandel ist nicht erkennbar. Ein Konzept zur Nachhaltigkeit ist insgesamt nicht vorhanden. Die Innenstadt ist trotz Sicherheitssatzung nicht sauberer geworden.

▷ VISION

Würzburg leistet durch eine Vielzahl kleiner Projekte seinen eigenen Teil zum Umweltschutz und gleicht Defizite in diesem Bereich aus. Vorangegangen ist, dass moderne Managementsysteme für Umwelt und Qualität in der Kernverwaltung sowie in den großen städtischen Betrieben eingeführt worden sind.

Durch die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs und den Ausbau des Radwegenetzes wurde die Abgas- und Feinstaubbelastung deutlich reduziert. Bei der Neuananschaffung städtischer Transportmittel wird zunehmend auf die Umweltbelastung geachtet.

Parallel zu den politischen Maßnahmen im Umweltschutz ist das Bewusstsein für ökologische Probleme in der Bevölkerung gestiegen. Das geschaffene Bewusstsein in konkretes, vorbildliches Handeln umzusetzen, obliegt jedoch weiterhin der Verantwortung jedes Einzelnen. Die Sicherheitssatzung ist mittlerweile überflüssig.

► FORDERUNGEN

Daher fordert die FDP:

- Die schrittweise Einführung von Ökobilanzen in der Stadtverwaltung und den kommunalen Eigenbetrieben.
- Die Verbesserung der städtischen Müllentsorgung: Da es aufgrund des technischen Fortschritts mittlerweile effizienter, billiger und umweltfreundlicher ist, Müll maschinell zu trennen, soll in Würzburg eine Tonne für den gesamten Müll, ausgenommen Bio-Müll, eingeführt werden. Hier ist ferner eine Flexibilisierung vonnöten, die ein schnelles Reagieren bei Großveranstaltungen ermöglicht und eine Abfallbelästigung der Bürger vermeidet.
- Die stärkere Kontrolle auf Einhaltung der verkehrsberuhigten Zonen (insbesondere Geschwindigkeit), vor allem in Wohngebieten und bei Schulen.
- Einbetonierte und begradigte Bachläufe im Stadtgebiet müssen soweit möglich in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Auch nicht notwendige Bodenversiegelung ist zurückzubauen und neue Bodenversiegelungen strikt auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Bei neuer Verkehrs- und Bauplanung sind bestehende Grünflächen, Baumgruppen, Hecken und bestehende Biotope in die Planung, wenn möglich, zu integrieren.
- Einsatz umweltfreundlicherer Antriebsstoffe in den Verkehrsmitteln der WSB. So kann durch den Einsatz von Gasfahrzeugen die Feinstaubbelastung deutlich gemindert werden. Insbesondere beim Kauf neuer Fahrzeuge ist der ökologische Aspekt in Zukunft zu berücksichtigen.
- Die verstärkte Sanierung öffentlicher Gebäude nach energetischen Gesichtspunkten unter Inanspruchnahme der Fördermaßnahmen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).
- Den Einstieg in die Stromgewinnung aus Biomasse durch die Stadtwerke AG.
- Das Grundwasser und die Würzburger Quellen zu schützen. Hierzu sind in gefährdeten Gebieten besondere Maßnahmen zu ergreifen. So muss im Bereich der Zeller Quellen der Schwerlastverkehr dringend umgeleitet werden, wenn auch die kommenden Würzburger Generationen in der Lage sein sollen, sich mit eigenem Wasser zu versorgen.
- Die Modernisierung des bestehenden Kanalsystems, um Grundwasserverunreinigung weitestgehend zu vermeiden.
- Die Stadtverwaltung soll gemeinsam mit der Deutschen Bahn Schallschutzmaßnahmen entlang der innerstädtischen Bahntrassen (z.B. Mainbrücke – Heidingsfeld – Sanderau) realisieren.



Alle Informationen zum Kompetenz-Team und FDP-Wahlprogramm unter www.fdp-wuerzburg.de